

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

8.6.1866 (No. 133)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 8. Juni.

W. 133.

Vorausbezahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.  
Einsendungsgebühr: die gesaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

## Telegramme.

† **Frankfurt**, 7. Juni. Von Weimar wird dem hiesigen „Wagner. Teleg. Korresp.-Bureau“ gemeldet: „Nachdem die Aussicht auf ein günstiges Ergebnis der Verhandlungen des Bundesreform-Ausschusses geschwunden, beabsichtigen mehrere deutsche, den preussischen Reformvorschlagen zustimmende Fürsten, außerhalb des Bundestags Verathungen über Parlamentsberufung im Interesse des Friedens herbeizuführen.“

Bayern und Preußen dringen auf schnelle Ausführung des Bundesbeschlusses über die Befugungsveränderungen in Mainz, Frankfurt und Raftatt.

† **Berlin**, 7. Juni. (W. L. B.) Die „Provinz-Korr.“ schreibt: Preußen hat gegen die Einberufung der holländischen Stände entschieden protestirt und wird seinem Protest ungewisslich auch tatsächlichen Nachdruck verleihen. Einer Berliner Mittheilung, die auf dem Rückweg von Brüssel kommt, zufolge hat Preußen die neutralen Mächte benachrichtigt: es werde gegen die Bedrohung seiner Souveränitätsrechte in Holstein, durch die Erklärung Oesterreichs am Bunde und die Ständeeinberufung, zunächst friedliche Schritte thun; es erkläre aber als Mitwoveran die Ständeeinberufung und jede einseitige Verfügung der holländischen Regierung für rechtswidrig, wenn Oesterreich die, den Gasteiner Vertrag verletzende Bundeserklärung nicht zurücknehme. Preußen wünsche die Berufung der Gesamtvertretung der Herzogthümer.

† **Altona**, 7. Juni. Sichern Vernehmen nach ist der Herzog von Augustenburg heute Vormittag hier eingetroffen; F. M. v. Gablenz wird angeblich heute nachfolgen.

† **Altona**, 7. Juni. Die Preußen besetzen heute Thessee. Preussischer Seite wird dies als friedliches Mittel zur Herstellung des status quo ante bezeichnet. Die preussischen Truppen besetzen keinen Punkt, wo sich österreichische befinden. Letztere haben Rendsburg und Kiel geräumt.

† **Kiel**, 7. Juni. Der Einmarsch der preussischen Truppen in die cantonementfreien Theile Holsteins wird heute erwartet. Die Statthalteri wird protestiren und das Uebrige der Entschliessung des kais. Kabinetts anheingeben. Die Oberregierung wird heute nach Altona verlegt, wofelbst die österreichischen Truppen konzentriert werden.

## Badischer Landtag.

† **Karlsruhe**, 7. Juni. 19. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchl. Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Von Seiten der Regierung sind anwesend die H. H.: Staatsminister Dr. Stabel, Staatsminister v. Edelsheim, Generalleutnant Ludwig, Staatsrath Dr. Lamey, und Staatsrath Dr. Vogelmann.

Die H. H. Frhrn. v. Fürckheim, Karl v. Gayling und Oberst v. Böcklin nehmen zum ersten Mal ihre Plätze im hohen Hause ein.

Das hohe Präsidium zeigt an, daß Geh. Rath v. Mohl am Erscheinen in der Sitzung verhindert sei, und daß die Zweite Kammer den Gesetzentwurf über die Einzelhaft der Weiber mit einem Zusatz zu Art. III angenommen und an das hohe Haus wieder zurückgegeben habe.

Tagesordnung: Bericht des Geh. Rathes Bluntzschli über die Eröffnung eines außerordentlichen Kredits im Betrag von 1,070,800 fl. zur Bestimmung von 1400 Militärsperden, und Bericht der Budgetkommission über die in den Jahren 1866 und 1867 aus dem Domainialgrundstock zu schöpfenden außerordentlichen Ausgaben; erstattet von Denny.

Das Sekretariat zeigt den Einlauf zweier Petitionen gegen die Zivilliste an.

Artaria theilt mit, daß die Berichte der Zollkommission über die Vorlagen, welche Zollverträge, Herabsetzung der Taravergütung u. dgl. behandeln, erstattet sind.

Der Hr. Präsident des Ministeriums des Innern legt die Akten über die Wahl der Grundherren unter der Murg auf den Tisch des Hauses nieder, und bemerkt, daß die H. H. Frhrn. v. Helmstedt und v. Gemmingen die Wahl angenommen hätten.

Ministerialrath Jolly freunt sich, in der glücklichen Lage zu sein, daß er sich in Uebereinstimmung befindet mit dem Programm der Regierung und dem Bericht der Zweiten Kammer über den bezüglichen Gesetzentwurf. Mit dem ersten Punkt des Regierungsprogramms, der Erhaltung des Friedens, sei wohl alle Welt einverstanden; keine Stimme habe bis jetzt in der Presse eine Kriegsbegeisterung kundgegeben; eine solche herrsche bloß in einigen fremdländischen Regimentern der österreichischen Armee. Jedermann sei überzeugt, daß aus dem Krieg nur Schwächung und Unglück der deutschen Nation hervorgehen könne. Möglich sei aber auch, daß er einen durchgreifenden Erfolg für die deutsche Umgestaltung haben werde. Gelange Oesterreich zum Sieg, so werde es keinen einseitigen deutschen Bundesstaat be-

gründen; dies liege nicht in seinem Interesse, denn es sei selbst schon bunt genug. Der bestehende Dualismus könne entfernt werden durch einen österreichischen Sieg; dagegen würde sich der Einfluß Oesterreichs auf das übrige Deutschland wesentlich mehren. Es sei nicht zu läugnen, daß dadurch vielleicht ein langjähriger Friedensstand gegründet werde.

Siege Preußen, so werde es einen gegliederten deutschen Bundesstaat anstreben; wir würden ein Parlament bekommen; die Macht der Verhältnisse würde Preußen zwingen, sich dem Volkswillen anzuschließen.

Ein dritter möglicher Erfolg, an den einige Schwärmer glauben, sei der, daß aus dem Kampf eine deutsche Föderativrepublik hervorgehen werde.

Wir müssen, wie schon gesagt, den Frieden zu erhalten suchen und die große Regierung in dem Streben dahin möglichst unterstützen.

Der zweite Punkt des Regierungsprogramms, das Enthalten von jedem Parteigreifen, werde wohl jetzt ebenfalls die allseitige Anerkennung finden.

Die Regierung habe als dritten Punkt das Zusammengehen mit den übrigen Mittelstaaten aufgestellt. Wenn dieses Zusammengehen zum Zweck der Erhaltung des Friedens erfolge, so müsse sich Jedermann auch damit befreunden. Er glaube, daß die Gefahr vorüber sei, daß unsere Regierung ihr Militär einem andern Staat zur Verfügung stelle; es handle sich also bloß um ein Allianzverhältnis mit den andern Staaten, das wohl auch die Aufstellung eines gemeinschaftlichen Heeres erfordern könne, jedoch der Regierung immerhin noch ein Wort bei der Bestimmung des Föherrn belasse. Er hoffe, die Regierung werde einem Führer, der von Haß gegen Preußen erfüllt sei, nicht ihre Zustimmung geben. Der vierte Punkt sei die Bundesreform. Er sei von jeher ohne Zweifel darüber gewesen, daß unsere Regierung die lang angestrebte Reform nicht zurückweisen werde, weil sie von Hrn. v. Bismarck geboten werde. Die Regierung des Landes, dessen Fürst zuerst eine heilsame Bundesreform herbeizuführen gelacht habe, könne niemals gegen die Reform sein.

Wenn er sonach in allen Punkten dem Programm der Regierung beistimme, wünsche er doch, daß statt des allgemeinen ein spezielleres Programm mitgetheilt würde. Indessen wolle er nicht interpelliren. Das allgemeine Programm lasse in dessen Manches im Ungewissen. Wenn es sage, man wolle soweit möglich mit den andern Mittelstaaten gehen, so könne man sich fragen: Wie weit geht diese Möglichkeit? Schließt sie auch ein unbedingtes Zusammengehen in sich?

Bestimmter wünsche er auch ausgedrückt, was das befragen wolle: die Regierung wolle vorläufig keine Partei ergreifen. Auch hier dränge sich die Frage auf: Was heißt vorläufig?

Was Preußen an deutscher Bundesreform biete, sei wenig, aber doch etwas; das deutsche Volk habe noch gestaltende Kraft genug in sich, um auch aus einem mangelhaften Werk zuletzt noch etwas zu machen, das Jahrzehende durch Bestand haben könne. Für die deutsche Bundesreform, wie sie jetzt bestünde, könne Niemand mehr eintreten, und man könne das auch von Niemand mehr verlangen, daß er für sie eintrete; ein Bürgerkrieg für die deutsche Bundesreform sei unmöglich, sei ein Verbrechen der Nation. Der Bundestag, seit Jahrzehenden von Allen aufgegeben, sei jetzt, künstlich gehegt, dazu ausgetreten, eine neue Rolle zu spielen, um in dem österreichischen Krieg gegen Preußen mitzuwirken. Man habe die betreffende Erklärung Oesterreichs begrüßt mit einem Triumphgeschrei des Rechts. Daß darin eine Verletzung des Wiener und Gasteiner Vertrags liege, werde aber Niemand wegdäspiren. Oesterreich habe dem Bundestag die Entscheidung in der schleswig-holsteinischen Frage übertragen. Das verstoße gegen das Recht; bei dem Bundestag könne der Bundestag nur darüber entscheiden, ob er Den oder Jenen als Souverän von Holstein anerkenne und einen Bundestags-Gesandten desselben zulasse. Unsere Regierung habe s. B. den Herzog von Augustenburg anerkannt; andere Staaten, die jetzt für den Herzog schwärmen, hätten es damals nicht gethan, obgleich eine allseitige Anerkennung das Beste gewesen wäre. Es gäbe kein legitimes Successionsrecht in der Welt, das so viel werth sei, daß Tausende der wackersten Männer auf dem Schlachtfeld verblüthen. Derjenige, dessen Succession einen solchen Zwiespalt hervorruft, solle sein Gewissen fragen, ob sein Recht den blutigen Preis werth sei. Auch das Selbstbestimmungsrecht eines kleinen Theils des Volks verstoße gegen das Recht der deutschen Nation; diese könne nicht zugeben, daß aus irgend einem Winkel Deutschlands gerufen werde: wir bestimmen unser Loos selbst; das deutsche Parlament müsse solche Fragen entscheiden. Man könne das Recht des Herzogs von Augustenburg anerkennen; aber daraus folge noch nicht, daß man mit den größten Opfern für dasselbe eintreten müsse.

Zwei Parteien hätten sich von jeher mit unsern Gegnern verbunden, es seien die Schwarzen und die Rothlen, die rothe Straßendemagogie. Wenn man diese sich die Hand reichen sehe, dann könne man auf Schlimmes gefaßt sein. Er hoffe, unsere Regierung werde groß und stark und fest bleiben und auf dem aufgestellten Programm mit allen Kräften bestehen bleiben.

Graf v. Berlichingen: Er habe unerschütterliches Vertrauen zur großen Regierung, und würde im Ganzen und Großen auch dann zu ihr halten, wenn dieselbe dem Bismarckschen Parlament zustimme. Er begrüße den Schritt, den Oesterreich am Bund gethan, mit aufrichtiger Freude; er hätte gewünscht, daß Oesterreich sich nie vom Bundesrecht entfernt hätte. Die Aufstellung des 8. Armeekorps müsse stattfinden, und er hoffe in Bälde.

Mit dem Bericht des Geh. Rathes Bluntzschli sei er in einzelnen Punkten nicht einverstanden. Derselbe sage auf S. 2, man wisse nicht, wofür man sich opfern solle. In Preußen wisse man das vielleicht nicht, auswärts wisse man, daß der Kampf deswegen geführt werde, weil Deutschland nicht aufgehen wolle in Preußen, weil man dem lächerlichen Säbelgerassel des Großpreußen endlich ein Ende machen, weil man deutsches Recht aufrecht erhalten wolle. Der Bericht sage: man habe Ursache, mißtrauisch zu sein. Allerdings, aber gegen das Land, welches sich mit Feinden Deutschlands verbunden, in Paris um Zustimmung zu seinem Programm gebettelt, den Schleswigern zugerufen habe: Wenn ihr nicht preussisch werden wollt, müßt ihr wieder dänisch werden, gegen das Land, welches die deutsche Bundesreform vor einen Kongreß von allen möglichen Nationen habe bringen wollen. Wenn Das das Richtige sei, wenn eine Regierung, die solche Dinge unternehme, das größte Lob verdiene, dann wolle er ein Republikaner werden, dann müsse er sich sagen: die Monarchien taugen nichts mehr.

Man habe ihn noch nie bei den Rothlen oder Schwarzen gesehen; aber wo es sich um Deutschland handle, wo die Deutschen ständen, da sei sein Platz. Er wolle wissen, was er für seine Partei für Sonderworte habe; Sonderzweck sei ihm lediglich des Vaterlandes Größe.

Das Selbstbestimmungsrecht könne man nicht ganz bei Seite schieben, sonst müßte Dem, der unser Hausrecht gelesen hat, angst und bange werden. Wenn Oesterreich dafür einstehe, so handle es recht.

Oesterreich solle allerdings nicht der Herr in Deutschland sein, aber eben so wenig Preußen.

Ueber Bundesreform habe er sich in der letzten Sitzung genugsam ausgesprochen; über diesen Punkt stimme er vollständig mit dem Hrn. Vorredner überein. Daß da Manches anders werden müsse, sei gewiß.

Auch er sei gegen den Krieg; dagegen könne er nicht mit dem Bericht sagen: man solle den Krieg nicht legitimiren. Gegen Unrecht und Uebermuth sei der Krieg am Platz und gerechtfertigt.

Daß die Panduren und Kroaten unsere Fluren verheeren, werde immer hervorgehoben. Aber sie hätten einstens auch für Deutschland ihr Blut vergossen, während zu gleicher Zeit in Spanien und Deutschland unsere Landeslinder für eine unselbige Kabinettpolitik kämpften. Ebenso hätten sie in Schleswig-Holstein deutsches Interesse verfolgt.

Der Bewilligung der von der Regierung geforderten Summe von 1,070,800 fl. stimme er bei; dagegen den andern im Bericht gemachten Vorschlägen nicht. Die Vorschläge lauten:

„Hohe Kammer möge folgende Wünsche zu Protokoll erklären:

1) Großh. Staatsregierung möge im Verein mit ihren Bundesgenossen auf beschleunigte Einberufung eines deutschen Parlaments hinwirken;

2) dieselbe möge den Gedanken einer an die Organisation des stehenden Heeres anzuschließenden Volks- oder Landwehr einer nähern Prüfung unterwerfen.“

Dem ersten Vorschlag könne er nicht zustimmen, weil unter dem Satz auch das von Bismarck gebotene Parlament subsumirt werden könne. Er sei kein Sklave, der nach dem Brod des Mannes greift, der mit der einen Hand es reiche, mit der andern die Peitsche gegen den Bundestags-Gesandten schwingt.

Was den zweiten Vorschlag betreffe, so meine er, wenn wir schon so lange ein stehendes Heer erhalten haben, sei es jetzt unnöthig, die Familienväter von ihrem Herde zu reißen und der Kriegsfurie entgegen zu werfen.

Staatsminister Dr. Stabel: Er wolle nur, daß uns eine Armee zur Seite stände, welche so muthig, angreifslustig und zuversichtlich wäre, wie die erste Rede, die wir gehört haben. Im Uebrigen könne er auf das Spezielle weder erster noch zweiter Rede eingehen, beide seien vom Parteistandpunkt aus gehalten, und die Regierung wolle ja unparteiisch bleiben. Im Bericht werde alles Gewicht auf die Lösung der Schleswig-Holstein-Frage und der Bundesreform-Frage gelegt. Die große Regierung hätte dieser Frage von jeher ihr größtes Interesse zugewendet, aber sie habe noch andere Rücksichten zu beachten. Ein Schiffer auf sturmbewegter See werde zunächst nicht darauf denken, wie schnell er sein Endziel erreiche, sondern zunächst darauf, daß er das Schiff rette. Auch uns sei die Integrität und Erhaltung unseres Landesgebiets und Thrones das Nächste. Daß uns in dieser Richtung Eventualitäten drohen können, sei ungewisslich und auch in den jüngsten Thronreden ausgesprochen worden. Deswegen müßten wir so handeln, wie wir glauben, daß die Integrität und Existenz unseres Landes nicht in Frage gestellt werde. Dieser Punkt sei zu sehr übersehen oder übergangen worden,

Nach die Auslegung, welche Hr. Ministerialrath Jolly dem Regierungsprogramm gegeben habe, könne die Regierung nicht unbedingt als ihre anerkennen; sie werde darin ihre eigenen Wege gehen.

Hofrath Dr. Schmidt: Niemand werde in diesem und im andern Hause sein, der nicht anerkenne, daß die Integrität und Existenz des Landes ein wesentlicher Faktor sein müsse. Wir seien in einer Lage, daß wir keine Veränderung derselben zu wünschen hätten.

Ein Krieg, an sich ein Uebel, sei besonders zu verurtheilen, wenn er in einen Bruderkrieg ausarte, und dazu noch andere Fähigkeiten in sich schließe. Dennoch liege der Krieg jetzt außerordentlich nahe. Früher habe man gesagt: „Preußen will den Krieg“; jetzt müssen wir sagen: Oesterreich will ihn, denn das sei der Sinn seiner letzten Schritte: die Erklärung am Bunde und die Einberufung der holländischen Stände. Er frage sich hier: Was hat Baden zu thun? Ein unmittelbares Interesse hätten die übrigen Staaten an sich nicht am Krieg; wenn er begänne, so siehe die Existenz aller auf dem Spiel, und ein nationales Ziel desselben sei nicht erkennbar. Die Lage weise uns auf die Erhaltung des Friedens; weder dem einen noch dem andern kriegsführenden Theil könnten wir uns anschließen. Das sei zwar die vielgeschmähte Neutralität, allein neutral sein sei etwas Anderes als sich neutral erklären. Vermittlungsversuche kämen zu spät, sie seien durch den letzten Antrag Oesterreichs ausgeschlossen. Aber daß aus diesem Antrag der Krieg nicht herauswache, dafür könne man noch sorgen; man müsse die Entscheidung über den Antrag verhindern. Es sei nicht die Zeit, für Artikel 11 der Bundesakte Krieg zu führen.

Auf den Parlamentsgedanken müsse man eingehen; es sei nicht einzusehen, warum man ein langgewünschtes Geschenk nicht aus einer mißliebigen Hand annehmen solle. Ein deutsches Parlament würde dem Partikularismus nie Raum geben. Unser Land müsse mit Bayern zusammengehen; wenn wir dieses bestimmen könnten, an unserm Programme Theil zu nehmen, so würde die Vereinigung ein nicht zu verachtendes Gewicht in der Waagschale des Friedens sein.

Vorbereiten zum Kriege müsse man sich, dahin gehöre der Ankauf von Pferden.

Die Leistungsfähigkeit einer Volkswehr scheine ihm nicht im Verhältnis mit den Kosten, welche sie verursacht. Die Erwägung hierüber müsse man der großh. Regierung überlassen.

Staatsminister Frhr. v. Edelsheim: Die großh. Regierung habe sich über ihre Politik schon wiederholt ausgesprochen, sie glaube sich damit im Einklang mit dem Lande und hoffe auch die Zustimmung des hohen Hauses zu erlangen. Mit gewissen Ansichten, wie sie in der betreffenden Sitzung der Ersten Kammer ausgesprochen worden seien, stünde die Politik der Regierung nicht im Einklang. Auch die heute versuchte Interpretation könne sie nicht anerkennen.

Ministerialrath Dr. Jolly: Er wolle der großh. Regierung seine Auslegung des Regierungsprogramms nicht aufdringen. Eine spezielle Interpellation unterlasse er, weil es das großh. Staatsministerium nicht wünsche, und weil er zu dem Ministerium, zu welchem er vor einem Austritt eingetreten sei, das größte Vertrauen habe.

Abg. Artaria spricht kurz seine Stellung zur Frage aus.

Staatsrath Dr. Lamey: Wenn man die Geschichte der letzten Jahre betrachte, so finde man bald, daß die Interessenpolitik über die Politik des Rechts die Ueberhand davongetragen habe. Im Ganzen seien namentlich die Kleinen darauf angewiesen, am Rechte festzuhalten, die Interessenpolitik taugte für sie nichts.

Wir seien in der Lage, gegenüber den deutschen Großstaaten, nachdem diese in einen schweren Konflikt gerathen sind, am Rechte festzuhalten. Der Krieg widerspreche dem Rechte sicherlich, er widerspreche aber auch dem Interesse so sehr, daß uns gar nichts hilft, wenn wir die Augen davor schließen. Den Frieden können wir dadurch nicht erhalten, daß man die Gegner der Bundesreform todt schieße; denn in dem Augenblick, wo wir das wollten, müßten wir Krieg mit denen anfangen, welche die Reform nicht wollen. Eine Anregung zur Reform, die von irgendwoher komme, müsse man annehmen, nicht als ein Geschenk, aber als etwas Wünschenswerthes. Das vollständige Aufgeben der Bundesverfassung wäre indeß doch sehr mißlich und sei nicht anzurathen.

Die großh. Regierung müsse verlangen, daß man bei der Bewilligung des geforderten Credits das Vertrauen zu ihr habe, daß sie die Selbstständigkeit und Unverletzlichkeit des Landes mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln zu vertheidigen suchen und wahren werde, ohne das Gesamtinteresse aus dem Auge zu verlieren.

Geh. Rath Dr. Bluntschli: Er habe sich schon früher ausgesprochen und werde sich heute kurz fassen.

Die Rede des Grafen v. Berlichingen gehe immer von Herzen und trage eine ursprüngliche Frische an sich, aber sie leide doch an jenem Anflug der Romantik, den wir Deutsche nicht lassen könnten. Der Hr. Graf wolle kein Brod von Bismarck, selbst wenn er vom Verhungern gerettet werden könne; aber es sei nicht einzusehen, warum er das Brod lieber von Oesterreich wolle. Bismarck habe auf das Abgeordnetenhaus nicht gehört, Oesterreich dagegen beide Kammern nach Hause geschickt. Der Hr. Graf wolle das Parlament von Bismarck nicht, weil er Spanbau und einen Galgen dahinter sehe; es sei aber noch kein Abgeordneter Preußens nach Spanbau gekommen und der Galgen existiere nur in der Phantasie; aber in Ungarn sei im Jahr 1849 der Graf Bathanyi gehängt worden.

Gegen bloßes Säbelgerassel brauche man keinen Krieg; es gehöre mehr dazu, neutral zu bleiben, als an einem Krieg Antheil zu nehmen.

Daß in dem Bericht die vom Hrn. Staatsminister der Justiz berührte Frage nicht vorkomme, sei richtig; allein die Sache sei einerseits nicht so gefährlich, andererseits werde die Gefahr gerade durch die Politik, wie der Bericht sie wolle, vermieden.

Redner entgegnet noch Einiges auf die Bemerkungen vom

Ministerrath und bespricht die Stellung, welche Baden im vorliegenden Konflikt einnehmen müsse.

Staatsminister v. Edelsheim macht eine persönliche Bemerkung gegenüber dem Vorredner; ebenso Graf v. Berlichingen, welcher erklärt, daß er dem Antrag bezüglich der Einberufung eines deutschen Parlaments der zu erzielenden Einstimmigkeit wegen zustimmen wolle, aber an Allem festhalte, was er über den Punkt gesagt habe.

Persönliche Bemerkungen fallen noch von Seiten des Hrn. Staatsraths Dr. Lamey und Ministerialraths Jolly.

Sodann werden die sämtlichen Anträge der Kommission in dem von Geh. Rath Dr. Bluntschli erstatteten Bericht und bei namentlicher Abstimmung das Gesetz einstimmig angenommen.

Geh. Rath Dr. Bluntschli ergreift sodann das Wort: Er habe wiederholt die Ehre gehabt, von der ultramontanen Presse angegriffen zu werden; er habe dazu geschwiegen, weil Derjenige, der einmal in das öffentliche Leben eingetreten sei, sich eine Rhinoceroshaut anschaffen müsse. Jetzt sei er aber von der rothen Presse vor dem Lande benannt worden durch ein sehr großartiges, künstlich eingerichtetes Pasquill der „Neuen Frankfurter Zeitung“, welches abgedruckt und in Heidelberg allenthalben verbreitet worden sei. Um das Ganze zu verstehen, müsse man wissen, daß in Frankfurt ein Wohlfahrtsauschuß existire, dem Struve und Genossen angehört und der auch in Heidelberg einen Ableger habe. Dieser Ausschuß dränge zum Krieg, er habe in Frankfurt die Kanonenschläge gelegt und habe sich nun vorgelegt, eine Anzahl von Personen in der Presse möglichst zu verleumben und so moralisch zu ruiniren. Der Artikel, der gegen Redner losgelassen sei, sei offenbar von Stuttgart ausgegangen, er sei verfaßt von einer in Verleumdungen und Entstellungen ganz geübten Feder; ein unbefangener Leser, der die aufgestellten Thatsachen liest, werde leicht dahin gebracht, wo ihn der Verfasser haben wolle. Der Sinn des Artikels sei in kurzem der: des Redners Wirksamkeit in der Schweiz sei das gerade Gegenstück von Dem, was er in Deutschland und jetzt in Baden thue, deßhalb sei sein ganzes Gebahren nur ein scheinbares, eine Komödie.

Redner widerlegt sodann den Inhalt der Schmähschrift, aus der er sechs Hauptpunkte hervorhebt, durch Anführung von Thatsachen aus seiner Wirksamkeit in dem Lande seiner Geburt und aus seinem Aufenthalt in Bayern, und schließt mit den Worten: Er könne nicht von sich rühmen, daß er stets dieselbe Richtung vertreten habe, denn er habe Vorurtheile abgelegt, seine Ansichten berichtigt, Fortschritte im Leben und in der Wissenschaft gemacht; er habe auch Fehler begangen und würde jetzt Vieles anders machen als früher; das aber könne er behaupten: von Anfang bis zum Schluß seiner bisherigen Thätigkeit sei er ein Gegner alles Extremen und ein Freund der besonnenen nationalen Entwicklung gewesen.

Die Anträge im zweiten zur Berathung gelangenden Kommissionsbericht werden ohne Diskussion angenommen.

Schluß der Sitzung.

### Deutschland.

Karlsruhe, 6. Juni. Seine königliche Hoheit der Großherzog ist heute Abend 6 Uhr 12 Min. wieder in die Residenz zurückgekehrt.

\* Frankfurt, 6. Juni. Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 6. Juni.

Die Bundesversammlung erhält die Anzeige, daß der k. bayrische Hr. Staatsminister Frhr. v. d. Pfordten die ehrenvolle Wahl zum Bevollmächtigten des Deutschen Bundes bei der in Aussicht stehenden Konferenz in Paris dankbar angenommen. — Großherzogthum Hessen erklärt sich bereit, den Entwurf einer allgemeinen Maß- und Gewichtsordnung unter Vorbehalt der landständlichen Einwilligung anzunehmen. — Oldenburg gibt eine Verwahrung bezüglich der von Oesterreich b. abgesetzten Berufung der holländischen Stände, insofern diese eine Kompetenz zur Entscheidung von Successionsstreitigkeiten beigelegt werden sollte. — Der Antrag von Bayern in Betreff der Bundesgarnisonen zu Frankfurt a. M., Mainz und Raftatt wird zum Schluß erhoben, wobei von Frankfurt darauf aufmerksam gemacht wird, daß nur dem Bund und nicht einzelnen Regierungen ein Garnisonsrecht hier selbst zustehe.

Frankfurt, 6. Juni. (Köln. Ztg.) Die Antwort Oesterreichs auf die Einladung zum Kongreß enthält Folgendes: „Die Forderung, daß alle Kongreß-Theilnehmer kein Sonderinteresse auf Kosten der allgemeinen Ruhe suchen wollen; die Voraussetzungen des Ausschlusses jeder irgend einem der eingeladenen Staaten Gebietsveränderung oder Wachstums verschaffenden Kombination; die Konferenz solle erst nach hierüber erhaltener Zustimmung beschickt werden. Fernere Erklärung, durch Besichtigung werde in nichts Oesterreichs Stellung zur italienischen Regierung geändert oder präjudicirt. So lange nicht die bestehenden Engagements durch einen Krieg gelöst seien, bilden sie das öffentliche Recht Europa's; es müssen folglich die bestehenden Verträge der Ausgangspunkt bleiben. Oesterreich empfinde Verwunderung über die Nichteinladung des bei der italienischen Differenz sehr interessirten Papstes. Oesterreich glaube der allgemeinen Sache einen Dienst zu erweisen, indem es vorweg solche die Lage klärende Explicationen anregt.“

Wiesbaden, 5. Juni. (Mittelz. Ztg.) Die liberalen Abgeordneten haben auf nächsten Sonntag eine Versammlung nach Dranienstein ausgesprochen, um dort, nach dem Vorgang unserer Nachbarländer, eine Bepfischung der gegenüber der ersten politischen Lage einzunehmenden Haltung vorzunehmen. — Die Regierung stelle eine vorläufige Anforderung von 500,814 fl. 37 kr., und motivirte dieselbe in einem langen Reklamt. — Ein die Aufhebung des Lahe-3018 betreffender Gesetzentwurf, sowie zwei Verträge wegen Regulirung des Postverhältnisses wurden vorgelegt, und sämtliche Vorlagen an die bezüglichen Ausschüsse verwiesen.

Kassel, 5. Juni. (Pr. P.-Ztg.) Trotz der Nachricht der Morgenzeitung, daß nunmehr der Durchzug preussischer Truppen vorerst und bis nächster Tage beendet sei, kam diese Nacht 3 Uhr das 13. Regiment hier durch von Warburg nach Sachsen.

Gotha, 4. Juni. Die „Goth. Ztg.“ schreibt: „Die Konflikte, welche aus der mit dem Königreich Preußen abgeschlossenen Militärkonvention bei den demaligen Wirren zu erwachsen drohten, werden abgewendet werden. Das Regiment Koburg-Gotha wird, seiner bundesmäßigen Bestimmung entsprechend, vorläufig — d. h. bis überwältigende Zeitereignisse etwas Anderes herbeiführen — ebenso wie die Kontingente der übrigen sächsischen Herzogthümer zur Befestigung der Bundesfestung Mainz mobil gemacht werden.“

Dresden, 5. Juni. Der in der Zweiten Kammer von Mammen erstattete Deputationsbericht gibt im Eingang zu, daß die Regierung das Recht und die Pflicht gehabt habe, die Rüstungen anzuordnen. Den Vorwurf, daß Sachsen vorzeitig gerüstet habe, weist die Deputation, auf Grund der ihr von der Regierung gemachten Vorlagen, zurück. Es sei die Aufgabe Sachsens in dem gegenwärtigen Konflikt, auf Erhaltung des bundesverfassungsmäßigen Landfriedens hinzuwirken und die Streitfragen auf bundesrechtlichem Wege der Entscheidung zuzuführen. Um den Weg zu dieser Verständigung nicht abzuschneiden, wünsche man eine parteilose Stellung Sachsens, so lange es irgenz möglich sei, und so lange nicht die Gewalt zur Nothwehr treibe. Zunächst beantragt daher die Deputation:

Die Regierung möge mit aller Energie dahin wirken, daß die Anordnung der Wahlen zum deutschen Parlament auf Grund allgemeiner und direkter Wahl, wo möglich nach dem Reichs-Wahlgesetz vom 27. März 1849, in ganz Deutschland noch im Lauf dieses Monats erfolge und die Einberufung des Parlaments in möglichst kurzer Zeit geschehe.

Der Regierungskommissär erklärte auf Befragung: „Es sei nicht die Absicht der Regierung, auf das Delegirtenprojekt zurückzukommen.“ Am Bunde habe die Erklärung auf die letzten preussischen Propositionen folgende Erklärung gegeben:

Die Regierung erklärt, daß sie nicht nur bereit ist, für eine Bundesreform, welche auch die Einberufung eines aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Parlaments in sich schließt, zu wirken, sondern daß sie auch durch selbstthätige Thätigkeit und durch Beschleunigung der Vorbereitungen sich bemühen werde, eine baldige Einigung unter den betreffenden Regierungen herbeizuführen und dadurch die rasche Einberufung des Parlaments zu ermöglichen. Bereits in der Konferenz zu Augsburg seien die dort vertretenen gewesenen Regierungen übereingekommen, einen Entwurf zur Bundesreform, mit Berücksichtigung der Volksvertretung, zu vereinbaren und mit Ernst diese Reform zu verfolgen. Was die in der erwähnten Mittheilung enthaltenen preussischen Vorschläge betrifft, so erklärt die Regierung, daß sie gegen dieselben nichts einzuwenden habe; die Regierung ist aber der Ansicht, daß diese Vorschläge zwar die für eine Bundesreform zu stellenden Aufgaben enthalten, aber in Bezug auf ihre Lösung noch keinen positiven Anhalt gewähren. Selbst gegen die Annahme der Bestimmungen des Reichswahlgesetzes von 1849 für die Wahlen zu dem einzuberufenden Parlament wird die Regierung nichts einzuwenden haben.

Die Deputation gelangt zu folgenden Anträgen:

1) Zur Befreiung des durch die gegenwärtigen politischen Verwicklungen nöthig gewordenen außerordentlichen Aufwandes bis zur Höhe von vier Millionen sechshundert und fünfzig tausend Thaler (4,650,000 Thlr.) aus dem verfügbaren, nach Befinden durch besondere Kreditmaßregeln zu verständigenden Kassenschatzen die nöthige Ermächtigung und

2) zu den deßhalb bereits gemachten, unabwendlich notwendigen Ausgaben eine nachträgliche Genehmigung zu ertheilen, ihre Zustimmung zu geben.

Dieselbe wurde nach längerer Debatte einstimmig angenommen.

Hamburg, 5. Juni. (Frf. Bl.) Von Seiten des Notars Dr. Schramm wurde heute im Namen Preußens bei der Direktion der norddeutschen Bank gegen die Ausfolgung aller Contocorrentguthaben der holländischen Landesregierung an letztere ohne vorherige Zustimmung Preußens, als Condominus, protestirt. Die Bankdirektion verwies den Protesterber an die kompetente Gerichtsbehörde. Es macht dies allgemeine Sensation.

Aus Schleswig-Holstein, 4. Juni. Der „Ztg. f. N.“ wird unterm 3. d. Folgendes über die preussischen Kriegsvorbereitungen berichtet: „Aus dem nördlichen Schleswig werden zahlreiche preussische Truppen in die Gegend von Rendsburg verlegt. Wie es heißt, soll ein Lager von 8000 Mann bei Rendsburg errichtet werden, das den Zweck haben dürfte, sogleich beim Ausbruch des Krieges sich auf die in Holstein stehenden Oesterreicher zu werfen.“ — Wie die „Schlesw.-Holst. Ztg.“ meldet, ist zum Regierungskommissär für die bevorstehende Session der holländischen Ständeversammlung, deren Zusammenritt am 11. stattfinden soll, Klosterprobst v. Ahlefeld in Ueterfen designirt. Der Abgeordnete für Kiel, Appellationsgerichts-Präsident Dr. Preußner zu Jüdensburg, hat sein Mandat niedergelegt, so daß Kiel augenblicklich nur durch einen Abgeordneten, Obergerichtsadvokat Rendtorff, vertreten ist. Außerdem ist der städtische Wahlbezirk Neumünster-Preß und der 8. ländliche Wahlbezirk Pinneberg unvertreten; so weit in den übrigen Wahlbezirken Abgeordnete fehlen, sind überall Stellvertreter vorhanden, so daß die Ständeversammlung aus 47 Mitgliedern bestehen wird.

Kiel, 7. Juni. (W. L. B.) Es heißt, Preußen werde, nachdem der Gasteiner Vertrag aufgehoben, von seinem wieder geltenden Mitregierungsrecht in Holstein Gebrauch machen. Preussische Truppen sollen bereits unterwegs sein, um in Holstein Garnison zu beziehen.

Berlin, 6. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Nachdem nunmehr auch die Garden die Hauptstadt verlassen haben, um die ihnen bestimmte Stellung in der kriegsberreitenden Armee einzunehmen, wird Se. Maj. der König sich

vermuthlich Anfangs der nächsten Woche in das Hauptquartier begeben, wohin ihm unter Andern der Ministerpräsident Graf Bismarck, der Kriegsminister v. Roon und der Chef des Generalstabs der Armee, General v. Moltke, folgen werden. K. K. H. der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl, welchen die Führung zweier großen Armeen anvertraut ist, haben sich bereits zu denselben begeben. Die übrigen königlichen Prinzen, welchen Kommandos übergeben sind, gehen Ende dieser Woche zur Armee ab.

Ferner schreibt das genannte Blatt: In Hoflein ist die Ständeversammlung zum 11. d. M. einberufen. Ob auch im Herzogthum Schleswig ein Zusammentreten des Landtags nahe ist, wollen wir dahingestellt sein lassen, aber hervorzuheben, daß die Berufung der Stände der einzelnen Herzogthümer, nachdem der Gasteiner Vertrag gefallen ist, keinen andern Sinn mehr haben kann, als die Eröffnung einer Gesamtvertretung Schleswig-Holsteins im legalen Wege vorzubereiten. Nach Befestigung des Gasteiner Vertrags ist in der That kein Grund ersichtlich, die durch jene Konvention bedingte Unterbrechung der Zusammengesetztheit beider Herzogthümer auch fernerhin durch eine getrennte Vertretung zum Ausdruck zu bringen.

Bezüglich der Kongreßangelegenheit sagt heute die „Kreuz-Ztg.“: Es ist absolut unverständlich, wie Oesterreich so brütel aufzutreten mag, nicht etwa bloß gegen Preußen — da fennen wir's längst, — sondern noch mehr gegen die drei neutralen Mächte. Jedenfalls hat Frankreich, unter dem Ausdruck seiner Verthimmung gegen Oesterreich, hier in Berlin angezeit, daß es Preußen seine Zusage für den Kongreß jetzt zurückgeben und ihm die Freiheit seiner Entschlüsse überlassen müsse.

Wie die „Börz.-Ztg.“ versichert, wäre der definitive Vertrag mit Italien, das wirkliche Schutz- und Trutzbündniß, jetzt vom König Wilhelm vollzogen worden und der italienische General Govone wäre mit der Urkunde nach Florenz abgereist. — Der evangelische Oberkirchenrath fordert die Geistlichen auf, darauf hinzuwirken, daß das ganze Volk sich um den König und die Regierung schäre. Die Verfügung hebt u. A. die erhaltene Parität der Konfessionen hervor, durch welche alle Bürger einträchtig verbunden seien.

Breslau, 4. Juni. Der „Schles. Ztg.“ geht „von guter Hand“ — wie sie sagt — folgende zum Theil bemerkenswerthe Korrespondenz zu „mit der Erlaubniß, sie zu veröffentlichen“:

In der Niederlausitz, Front nach Sachsen, werden ohne das 1. Armeekorps in der Oberlausitz, um Görlitz herum, und ohne das 7. bei Halle zu rechnen, ungefähr 150,000 Mann konzentriert, und wie es scheint, wird die Offensive doch von uns begonnen, und wahrscheinlich durch Einrücken in Sachsen, als Dank für dessen so überaus und weimal von Preußen in Frankfurt betonte Mithlungen; auch will man aus dem durch die Einberufung der böhmischen Stände begangenen Eingriff in die gemeinschaftlichen Hoheitsrechte von Seiten Oesterreichs den casus belli herleiten.

Wosen, 5. Juni. Wie der „Dziennik Pozn.“ meldet, fordert der Erzbischof von Posen die ihm unterstehenden Geistlichen auf, kein Abgeordnetenmandat anzunehmen.

Aus Oesterreichisch-Schlesien, 2. Juni. (Sch. M.) Die Aufstellung der Nordarmee kann im Ganzen als vollendet betrachtet werden. Seit drei Wochen sind die Truppen in ihre Stellungen an der schlesischen Grenze eingerückt. Alle Städte und Dörfer von Krasau bis Jauernig haben Einquartierung, und noch fortwährend wird diese Stellung verstärkt. Bis jetzt freilich sind die Regimenter noch keineswegs auf vollem Kriegesetat, denn die Urlauber, die sich noch auf den Depotplätzen befinden, sind noch immer nicht zu ihren Regimentern abgerückt. Die Truppen in Italien sind freilich in voller Kriegeshärte, aber die der Nordarmee sind erst per Bataillon 500 Mann stark. Es scheint an genügender Montirung zu fehlen, denn bis jetzt sind die Urlauber auf den Depotplätzen größtentheils noch nicht eingekleidet; die Lieferungen an Tuch und sonstigen Bekleidungsstücken sind auch erst zum Ende dieses Monats auszubekommen, so daß also nicht eher die Truppen in völliger Kriegeshärte sein können. Es sind daher in Wirklichkeit nicht mehr als 4- bis 500,000 Mann mobil; erst am Ende dieses Monats, wenn bis dahin alle Lieferungen pünktlich eingegangen sein werden, werden noch 150,000 Mann mehr mobil sein, so daß alsdann die Zahl 5- bis 600,000 Mann herauskommen kann. Die Zahl 800,000 ist entschieden viel zu hoch gegriffen, denn es ist weder so viel einbezogenes Material vorhanden, geschweige denn Montirung und Bewaffnung. — Der Mittelpunkt der Aufstellung, der früher nach Böhmen hin verlegt war, ist jetzt nach Olmütz hin bestimmt. In den Gegenden um Olmütz ist eine bedeutende Truppenmenge konzentriert. Von dort bis an die schlesische Grenze ist Alles voll Militär; namentlich befindet sich dort viel Kavallerie. Uebrigens ist Olmütz bis jetzt noch nicht belagerungsstark gemacht, das Glacis ist noch mit Bäumen bedeckt, die Palisaden sind noch nicht aufgestellt, und die Gräben nach nicht mit Wasser angefüllt, dagegen ist in der Nähe ein verschanztes Lager angelegt. Aus Alledem geht hervor, daß man sich damit trägt, die Offensive zu ergreifen, denn an allen Stationen in Mähren und Schlesien werden Transportwagen angehäuft, um große Massen in kurzer Zeit um Oberberg und Troppau zu konzentriren.

Wien, 5. Juni. Alle Angaben über den Inhalt der Rückäußerungen der neutralen Mächte auf die „Voransetzungen“, unter welchen Oesterreich seine Betheiligung an den Konferenzen zugesagt, sind einfach deshalb unrichtig, weil diese Rückäußerungen noch nicht existiren, weder von französischer, noch von englischer, noch von russischer Seite. Erst morgen wird der aus Paris zurückkehrende Herzog v. Gramont in der Lage sein, nicht nur wohl die ererbene Rückäußerung seines Kabinetts hier mitzutheilen — denn diese dürfte selbstverständlich abermals im Einvernehmen mit den beiden andern einladenden Regierungen erfolgen, von denen wenigstens die russische räumlich behindert ist, sich schon jetzt äußern zu können — als vielmehr zunächst vertraulich die Gesichtspunkte zu entwickeln, aus welchen Frankreich die

Hoffnung festhalten zu dürfen glaube, Oesterreich auf der Konferenz vertreten zu sehen. Nach den Andeutungen zu schließen, welche Fürst Metternich bereits zu geben im Stande war, würde Frankreich vor allen Dingen die vollständig unpräjudizirliche Natur der Konferenzverhandlungen betonen und ganz ausdrücklich die Unterstellung abweisen, als wenn es in die Verhandlungen mit einem Programm eintrete, welches dem einen oder dem andern der geladenen Staaten vorzuziehen eine bestimmte Lösung aufzubringen versucht.

Wien, 6. Juni. (Fr. P.-Ztg.) Hier ist eine preussische Depesche eingetroffen, welche gegen die Konsequenzen der österreichischen Erklärung am Bunde Verwahrung einlegt. — Hr. v. Gramont ist heute zurückgekehrt und hatte sofort eine Unterredung mit Hr. v. Mensdorff.

Frankreich.

Paris, 6. Juni. Der kleine „Moniteur“ enthält heute eine Darlegung des Verlaufs der Konferenzemühen, sowie einen besondern Rückblick auf die Entwicklung der Herzogthümerfrage, auf die Verhandlungen von Bamberg und die Erklärungen Oesterreichs und Preußens am Bundesstag. Was die österreichische Antwort anbetrifft — heißt es in dem genannten Blatt —, so hat diese Macht an ihre Zustimmung Bedingungen geknüpft, deren Konsequenzen den Bevollmächtigten jede eingehende Prüfung der italienischen Differenz unterlagen, indem sie den Hauptgegenstand der gegenwärtigen Schwierigkeiten dem Bereich der Diskussion entziehen. . . . Außerdem hat auch Oesterreich durch seine Erklärung am Bundesstag die schleswig-holsteinische Frage vor ein anderes Tribunal gebracht. Auf der einen Seite erblickt der kleine „Moniteur“ überhaupt Oesterreich, das mit seiner Gasteiner Politik bricht und die Sache an den Bund bringt; auf der andern Preußen, das auf seiner ständigen Theorie von der Dignität der Bundeseinrichtungen, wie sie sind, beharrt, und sein ganzes Vertrauen von der Lösung der Reformfrage abhängig machen will. Durch die Bamberger Erklärungen bleiben beide deutsche Großstaaten noch mehr geschieben, als zuvor. . . .

General Govone ist aus Berlin in Paris eingetroffen und nach einer Audienz beim Kaiser sofort nach Italien weitergereist. — Die noch zu Cherbourg befindlichen Fahrzeuge des Panzerschiffes „Georg Weidner“ erhielten Weisung, nach Toulon abzugehen. — In den Departements werden (für wen?) beträchtliche Anläufe von Artilleriepfunden gemacht. — Man bemerkt die fortwährende Anwesenheit des Grafen von Flaudern in Paris. — Hr. Garnier aus Cassagnac ist seit 8 bis 10 Tagen — abhanden gekommen. Man sagt, er habe beträchtliche Summen an der Börse verloren.

Der „Patrie“ geht aus Bukarest eine Depesche zu, welche meldet, daß Hr. Jan Ghita, Mitglied des Kabinetts, mit einer außerordentlichen Mission vom Fürsten Karl betraut, nach Konstantinopel abgegangen ist. — In der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers fiel Art. 1 des Gesetzes über das geistliche Eigenthum durch, und geht also zur Umarbeitung an die Kommission zurück. Ein gleiches Schicksal hatte Art. 2, der nothwendiger Weise, nachdem Art. 1 gefallen war, nicht beibehalten werden konnte. Die Kammer schritt hierauf zu den Debatten über das Amortisationsgesetz. — Rente 62.75, Cred. mob. 480, ital. Anl. 36.25.

Türkei.

Konstantinopel, 6. Juni. (Fr. P.-Ztg.) Fuad Pascha ist seines Postens entbunden und statt seiner ist Kaschid Pascha jun. zum Großvezier ernannt.

Württembergische Depesche nach Berlin.

Als Antwort auf die bekannte Depesche des Grafen Bismarck an die k. württembergische Regierung hat Hr. v. Barnhiller in einem Ministerialschreiben an den Grafen v. Linden, k. württemb. Gesandten in Berlin, geantwortet, welches nach der „Allg. Ztg.“ lautet wie folgt:

Stuttgart, 26. Mai. Ew. Exc. haben mir mit gefälligem Berichtschreiben vom 21. d. den Inhalt der Unterredung mitgetheilt, welche Sie aus Anlaß des Bolzugs des Ihnen durch mein Schreiben vom 17. d. gegebenen Auftrags mit dem k. preussischen Ministerpräsidenten gehabt haben. Graf Bismarck hat seinerseits den Inhalt dieser Unterredung zum Gegenstand eines Erlasses an den k. preussischen Gesandten gemacht, welchen Hr. v. Caniz mir mitgetheilt hat.

Was mich in diesen Anlässungen des k. preussischen Ministerpräsidenten nicht wenig überrascht hat, ist die Behauptung: die k. württembergische Regierung habe keine Verdrüssung, ihre Stimme für die Erhaltung des Friedens zu erheben, nachdem sie durch ihre militärischen Rüstungen die rein defensiven militärischen Maßnahmen der k. preussischen Regierung provoziert habe.

Bevor ich noch in der Lage war, diese im Wege diplomatischer Korrespondenz gegen die diesseitige Regierung aufgestellte Behauptung des Berliner Kabinetts zu beantworten, ist mir der offizielle Bericht über die Bundestags-Sitzung vom 24. d. mit dem Wortlaut der preussischen Abstimmung über den Antrag vom 19. d. zugegangen. Ich habe hieraus entnommen, daß die k. preussische Regierung keinen Anstand genommen hat, im Schoß der Bundesversammlung auszusprechen, daß die k. württembergische Regierung aus demselben Grund wie Oesterreich und Sachsen sich der Theilnahme an Stellung des gedachten Antrags vom 19. d. hätte enthalten sollen; daß die k. preussische Regierung ferner kein Bedenken getragen hat, die k. württembergische Regierung als eine solche zu bezeichnen, welche zuerst, ohne sich des Artikel 11 der Bundesakte und des Artikel 19 der Schlussakte zu erinnern, Vorbereitungen zur Selbsthilfe getroffen und dadurch die rein defensiven Rüstungen Preußens und in deren Verfolg die gegenwärtige Spannung hervorgerufen haben.

Die k. württembergische Regierung wird nicht unterlassen, auf diesen öffentlich, im Angesicht der deutschen Nation, gegen sie erhobenen Vorwurf schwerer Hintanhaltung ihrer Bundespflicht eben so öffentlich im Schoß der Bundesversammlung diejenige Antwort zu geben, die sie ihrer Ehre und Würde schuldig ist.

Der k. preussische Hr. Ministerpräsident wird aber auch nicht erwarten, daß ich ihm gegenüber seine gegen den Vertreter der k. Regierung am Berliner Hof, wie auch durch die Vermittlung des k. preussischen

Gesandten gegen die k. Regierung ausgesprochenen Behauptungen stillschweigend hinnehmen werde. Ich kann und will nicht verhehlen, daß diese Behauptungen in mir die peinlichste Ueberraschung erregt haben.

Es wäre der k. württembergischen Regierung ein Leichtes, mit Zahlen und Daten nachzuweisen, daß sie nicht einmal eine vorbereitende militärische Maßregel ergriffen hätte, als bereits die in der k. württembergischen Depesche vom 24. März angekündigten Rüstungen im vollen Gang waren; sie zieht jedoch vor, sich einfach auf das Zeugniß von Deutschland und Europa zu berufen, um entscheiden zu lassen, ob es die Rathschläge des k. württembergischen Hr. Ministerpräsidenten oder diejenigen des k. württembergischen Ministers des Außern sind, welche die Art. 11 der Bundesakte und 19 der Wiener Schlussakte gefährden, und die bedauerliche Lage herbeigeführt haben, welche der Graf v. Bismarck nach Inhalt seiner Depesche so sehr zu beklagen scheint.

Wir wollen die anderwärts bis zur Ermüdung geführte Diskussion über die Priorität der Rüstungen hier nicht weiter verfolgen, können jedoch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die von dem Hr. Grafen v. Bismarck gegenüber von Württemberg auf den Grund ihm zugekommener Nachrichten geltend gemachten Behauptungen eben nicht geeignet sein dürften, die anderwärts von ihm aufgestellten zu unterstützen.

Der Graf Bismarck nimmt Bezug auf die von Sr. Maj. dem König von Preußen am 28. Febr. gehaltene Conseil-Sitzung und betont deren friedliches Ergebnis. Die dem Hr. Ministerpräsidenten zugekommenen Nachrichten werden ihn darüber nicht im Zweifel gelassen haben, wie gerade jene Sitzung, von der man nur wußte, daß sie die Frage der von Preußen zu ergreifenden kriegerischen Maßregeln zum Substrat gehabt habe, allgemein die größte Unruhe verbreitet hat. So sehr ich zu würdigen weiß, daß die k. württembergische Regierung die erste ist, welche über deren Ergebnis beruhigende Aufklärung erhalten hat, so sehr muß ich beklagen, daß dieselbe nicht zu einer Zeit erfolgt ist, in welcher sie noch geeignet gewesen wäre, die von dem Hr. Grafen so sehr bedauerte Spannung zu lösen. Immerhin konstatiren die Enthüllungen, welche Graf Bismarck mir über die gedachte Conseil-Sitzung machen wollte, die Thatfache, daß die k. württembergische Regierung am 28. Febr. sich auf das ernste mit der kriegerischen Entwicklung ihrer Streitkräfte beschäftigte, während Deutschland und Europa im tiefsten Frieden ruhten, und während der k. württembergische Hr. Ministerpräsident in seinem Erlaß an den Hr. Baron v. Caniz selbst betont, daß die österreichisch-sächsischen Rüstungen, welche Preußen bekanntlich erst aus seiner friedlichen Haltung gewacht haben sollen, in der ersten Hälfte des Monats März begonnen haben.

Die von dem Hr. Grafen v. Linden dem Hr. Grafen v. Bismarck gemachte Mittheilung hatte keinen andern Zweck, als nichts unversucht zu lassen, um das Unheil eines Krieges von Deutschen gegen Deutsche abzuwenden; sie war in dem freundlichsten Ton gehalten. Um so mehr muß der Unterzeichnete bedauern, daß aus solchem Versuch eine so unliebsame Erörterung hervorgegangen ist; allein der k. württembergische Minister wird sich wohl der Erfahrung nicht entziehen können, daß die k. württembergische Regierung Vorwürfe, wie die ihr gemachten, auch mächtigen Bundesgenossen gegenüber mit allem Ernst zurückzuweisen gewohnt ist.

Ew. Excellenz wollen den Inhalt dieses Schreibens zur Kenntniß des Hr. Grafen v. Bismarck bringen und ihm auf Verlangen eine Abschrift davon zurückzulassen. — Empfangen Dieselben u. — (Sg.) Barnhiller.

Vermischte Nachrichten.  
— Breslau, 6. Juni. Wie die „Bresl. Ztg.“ hört, hat die Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn den Befehl erhalten, ihren Sitz von hier nach Posen zu verlegen.  
— Wie die „Bresl. Ztg.“ vernimmt, würde für den Fall des Ausbruchs eines Krieges eine Vereinbarung angebahnt werden, wonach sowohl österreichische wie preussische Badoorte für neutrales Gebiet erklärt werden sollen.

Nachschrift.  
Telegramme.

Wien, 7. Juni. (W. L.-Z.) Die „N. Fr. Presse“ schreibt: Eine von Hr. v. Werther gestern dem Hr. v. Mensdorff vorgelesene Depesche legt Verwahrung gegen Oesterreichs Bundeserklärung ein, ausprechend, daß Preußen sein von Oesterreich gebrochenes vertragmäßiges Recht in den Herzogthümern mit allen Mitteln zu behaupten entschlossen sei. Darauf theilte Werther mit, Mantuffel sei angewiesen, zu geeigneter Stunde in Holstein einzurücken, um das Land im Sinn der Wiederherstellung des im Wiener Frieden etablierten Condominiums zu besetzen.

Wien, 7. Juni. (Sch. M.) Galbenz ist angewiesen, für den Fall des Einmarsches preussischer Truppen Konflikte zu vermeiden. Der Abbruch des diplomatischen Verkehrs mit Berlin erfolgt erst, wenn der preussische Bundestags-Gesandte Frankfurt verläßt.

Venedig, 6. Juni. (W. L.-Z.) Nach einer autorisirten Notifikation der „Gazetta von Venedig“ wird diese Festung auf 3 Monate verproviantirt.

Bern, 7. Juni. (Sch. M.) Bisherige 7 Mitglieder der Berner Regierung wurden mit einer Mehrheit von 20 Stimmen bestätigt; neu gewählt sind Jolissaint, radikal, und Wattenwyl, konservativ. Durchgefallen: Kummer, Erziehungsdirektor; Devoigne, Eisenbahn-Direktor.

Paris, 6. Juni. Der „Moniteur“ konstatirt mit Bedauern das Scheitern der Konferenz durch die österreichischen Bedingungen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
5. Juni.					
Morgens 7 Uhr	27° 11.90"	+ 13.0	S.W.	schw. bew.	Sonnensch., mild
Mittags 2 "	" 11.37"	- 13.5	"	klar	warm
Nachts 9 "	" 11.73"	+ 13.0	"	"	trüb, mild
6. Juni.					
Morgens 7 Uhr	28° 0.00	13.0	S.W.	aanz bew.	trüb, mild
Mittags 2 "	27° 11.85	+ 18.0	"	klar	Sonnentbl., warm
Nachts 9 "	" 11.93	13.0	"	"	sternhell, kühl

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

